

2. Das analytische Modell

Die zehn Phasen

Im Folgenden wird ein analytisches Modell zum Ablauf von Revolutionen in zehn Phasen vorgestellt. Dahingehend gilt es zu bemerken, dass diese je nach spezifischem Revolutionsprozess in ihrer Länge variieren, teilweise sogar überlappen können, doch dazu wird eine genauere Diskussion für die jeweiligen Phasen folgen. Es wird hier argumentiert, dass Revolutionen sich entlang dieser zehn Phasen entwickeln können, aber nicht immer und nicht zwangsläufig alle von ihnen durchlaufen müssen. Im Einzelnen handelt es sich um die folgenden zehn Phasen:

1. Die Missachtung von Rechten der Bevölkerung (ökonomisch, politisch, sozial)
2. Widerspruch einer kritischen Masse
3. Protest
4. Reaktion der Regierenden
5. Umkehrgrenzpunkt (Point of No Return) der Revolution
6. Konflikt zwischen Regierenden und Revolutionär*innen
7. Erfolg der Revolution, sofern Mehrheit die Veränderungen akzeptiert und diese gegen Widerstand (auch militärisch) gesichert werden können
8. Interner Machtkampf
9. Einsatz von Gewalt gegen interne Gegner (Terror)
10. Etablierung eines neuen Regimes (Militärdiktatur, Parteidiktatur etc.).

Diese werden nun im Einzelnen abgehandelt und näher definiert. Sicherlich, und das soll hier gar nicht in Abrede gestellt werden, kann dieses vereinfachende Modell nicht den Verlauf aller Revolutionsprozesse abdecken, da es immer wieder zu gewissen Abweichungen kommen kann, die auf den jeweiligen Gegebenheiten des spezifischen Kontextes der revolutionären Prozesse, die durchaus einige Jahrzehnte in Anspruch nehmen, beruhen können, allerdings ist es auch nicht das Ziel, alle Revolutionen zu vereinfachen, um sie an das Modell anzupassen. Vielmehr erlaubt das Modell doch gerade, Unterschiede besser zu erkennen, zu definieren und im Zuge dessen danach zu fragen, warum diese auftreten. Es handelt sich demzufolge beim vorliegenden Modell nicht um einen allumfassenden Erklärungsversuch revolutionärer Prozesse, sondern vielmehr um ein analytisches Werkzeug bei der vergleichenden Studie von Revolutionen.

1. Die Missachtung von Rechten der Bevölkerung (ökonomisch, politisch, sozial)

Revolutionen beginnen in der Regel lange bevor es zu echten Auseinandersetzungen zwischen den Massen und der jeweiligen Regierung – egal welche Regierungsform, also Monarchie, Aristokratie, Oligarchie etc. existieren mag – kommt. Die beginnen dann, wenn ein Gros der Menschen, das im jeweiligen Kontext in diesem System lebt, die eigenen Rechte missachtet sieht bzw. dann, wenn das bisherige Leben in eben diesem nicht mehr fortsetzbar erscheint. Ausgelöst wird ein derartiges Gefühl oder vielmehr die Entscheidung vieler Einzelner, die gegebenen Zustände nicht länger hinzunehmen und zu akzeptieren, durch Krisen.

Letztere können etwa durch wirtschaftliche Rezession, besonders aber durch Kriege ausgelöst werden, was die Verzahnung von Erstem Weltkrieg und mehreren Revolutionen auf den Territorien der teilnehmenden Staaten – also etwa Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland – am Ende desselben anschaulich verdeutlicht. Dabei werden durch und während dieser Krisen bestehende Missstände, die in wirtschaftlich stabileren oder friedlicheren

Zeiten gar nicht so drückend erschienen, betont, ja sogar intensiviert, so dass sich der Druck auf die Massen, die in der Regel als nicht genuin revolutionär zu betrachten sind, erhöht. So kommt es, dass Forderungen für die Verbesserung der eigenen Lebenssituation oft politisch aufgeladen werden, wenn die Ursachen der misslichen Lage vieler mit den politischen Gegebenheiten im jeweiligen Kontext verbunden werden. Proteste richten sich dann nicht mehr nur gegen die bestehenden Missstände, sondern gleichermaßen gegen diejenigen, die in den Augen der Bevölkerung für eben diese verantwortlich sind. Kurzum, wenn es der Mehrheit in einem bestehenden politischen System gut geht, wird eine Revolution unwahrscheinlicher als wenn das Gros der Menschen faktisch nichts zu verlieren hat.

Gleichzeitig muss hier jedoch darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den missachteten Rechten der Bevölkerung nicht zwingend um solche handelt, die auch *de jure* existieren. Oftmals reicht es bereits aus, wenn gefühlte Rechte missachtet werden und die herrschenden Eliten der Majorität den Zugang zu etwas, im Falle von Krisen vor allem Ressourcen, verweigern. Das heißt beispielsweise auch, dass rechtlich gar kein Widerspruch zur bestehenden Ordnung vorhanden sein muss, damit ein solcher gefühlt wahrgenommen werden kann. Wenn eine kritische Masse, d.h. eine Majorität, zu dem Schluss gelangt, dass eine bestehende Ordnung als inakzeptabel zu erachten ist, da sie deren Rechte nicht ausreichend zu berücksichtigen oder zu achten scheint, dann muss die Missachtung von bestimmten politischen, ökonomischen oder sozialen Rechten nur *per affectum* als solche identifiziert werden.

Ein revolutionärer Prozess kann jedoch nur eingeleitet werden, wenn sich die Masse der Bevölkerung in Bewegung setzt und sich aktiv gegen die bestehenden Missstände wendet. Andernfalls kann gar nicht von einer revolutionären Bewegung ausgegangen werden, sondern es handelt sich vielmehr um eine Protestbewegung, die nicht dazu in der Lage ist, ihr Anliegen so zu vermitteln, dass eine breite Unterstützung durch die Massen erfolgt. Und gerade hierin liegt ein essentielles Problem derer, die eine Revolution zu planen gedenken. Revolutionen lassen sich nicht machen bzw. erzwingen, denn es ist ungewiss, ob eine Protestbewegung tatsächlich ihr revo-

lutionäres Potential entfalten kann. Welche Themen schlussendlich dazu in der Lage sind, die Massen im Namen der Revolution zu vereinen, hängt vom jeweiligen Kontext ab. Vielmehr ist es allerdings so, dass verschiedene Interessengruppen mit unterschiedlichen Zukunftsentwürfen zusammenkommen und ihren Protest gegen denselben Verantwortlichen richten. Das bedeutet, dass die revolutionären Massen oft den gleichen Urheber für ihre Probleme identifiziert haben, sich in ihren Zielen allerdings durchaus unterscheiden können. Letzteres ist nicht tragisch, so lange der revolutionäre Prozess und die Auseinandersetzung mit der alten Herrschaft, etwa dem Ancien Régime, andauert. Erst wenn diese überwunden wurde, kommt es zur Zersplitterung der revolutionären Bewegung, die eben selten homogen ist, sondern nach der Überwindung der bestehenden Ordnung wieder in unterschiedliche Interessengruppen, die sich mitunter gegeneinander wenden können, zerfällt.

Es soll hier ebenfalls angemerkt werden, dass eine Missachtung, auch von bestehenden Rechten, alleine noch nicht zwangsläufig zu einer Revolution führen muss. Selbst *de jure* kann ein Regime seine Bevölkerung und deren Interessen übergehen, wenn die Tatsache als solches von einer Mehrheit akzeptiert wird. Besonders wenn sich die Maßnahmen nur gegen eine Minderheit, wie auch immer diese definiert sein mag, richten, ist die Chance gering, dass sich aufgrund solcher Eingriffe in das Leben weniger eine revolutionäre Bewegung etabliert. Deshalb konnten die Rechte der afro-amerikanischen Bevölkerung in den USA auch so lange missachtet werden, denn ein Gros der Amerikaner*innen identifizierte sich nicht mit derselben und ignorierte die gegen diese gerichteten Rechtsverletzungen. Das scheint sich momentan zu verändern, allerdings ist immer noch nicht ersichtlich, dass die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung an einer echten Veränderung des rassistisch-kapitalistischen Systems interessiert ist, das diesen doch Teilnahme und zumindest die Chance des Aufstiegs verspricht. Das bedeutet aber auch, dass die Proteste irgendwann an Schwung verlieren werden, ohne, dass sich etwas geändert hätte. Erst wenn die Unterschiede dieser Gesellschaft durch eine Bedrohung aller überdeckt und in einem gemeinsamen Wunsch nach Veränderung amalgamiert werden, dann kann es in dem Land, das sich historisch auf

die schaffende und befreiende Kraft der Revolution beruft, erneut zu einer solchen kommen.

Dazu bedarf es, wie bereits angemerkt, einer echten Krise. Eine solche könnte nun durch COVID-19 und die globalen Folgen, vor allem für die Weltwirtschaft, geschaffen werden. Die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt, die individuelle Kreditwürdigkeit, den internationalen Handel und damit auch die Wirtschaftsleistung ganzer Regionen sind in ihrer Gänze noch nicht abzuschätzen, es wird aber wohl global zu etlichen Krisensituationen kommen, die revolutionäre Prozesse in Gang bringen könnten. Das größte Potential, sich an einer Revolution zu beteiligen bzw. diese herbeizusehnen, haben Menschen immer dann, wenn es ihnen schlecht geht, und die momentane Entwicklung deutet darauf hin, dass es in den nächsten Jahren viele Betroffene geben wird. Wenn das Elend so groß werden sollte, dass die meisten von ihnen der Ansicht sein werden, dass es im bestehenden politischen wie sozialen Gesellschaftssystem für sie keine Hoffnung mehr gibt, dann wird die Situation für Machthaber und Eliten in einer solchen Situation schwierig, denn hoffnungslose Menschen neigen dazu, auf radikale Ideen empfänglicher zu wirken, zumal dann, wenn es nichts mehr zu verlieren gibt.

Dass Revolutionen auch im 21. Jahrhundert die Geschichte der Menschheit bestimmen werden, ist mehr als sicher, die Frage ist nur, wo und wann sie beginnen. Aus Sicht der globalen Entscheidungsträger ist es konsequenterweise wichtig, sich mit den Nöten und Ängsten der Menschen auseinanderzusetzen und zu versuchen, ein Abrutschen derselben in eine Notsituation zu verhindern. Wenn gerade Billionen von Euros und US-Dollars ausgegeben werden, um die kapitalistische Grundordnung des Westens zu stützen, dann nicht nur zur Rettung der nationalen Unternehmen, sondern auch zur Eindämmung revolutionären Potentials. Es gibt nichts, was eine Revolution derart befeuern kann wie die Aussichtslosigkeit und die Enttäuschung der Massen.

Diese brauchen schlussendlich nur den letzten Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, wobei das mitunter Ereignisse sein können, die vormals kaum bis gar kein Interesse innerhalb der Massen der Bevölkerung evozierten. Ein Ereignis kann dann schnell zum Symbol dessen werden, was so vielen Menschen an der

eigenen Situation, an dem, was das bestehende System repräsentiert, missfällt. Und dann werden die eigentlichen Gründe für die Beteiligung am Protest zweitrangig, denn die Masse identifiziert sich durch eine ebensolche Symbolik, wenn sie das Ende der bestehenden Zustände und einen echten Neuanfang fordert.

Des Weiteren muss hier bemerkt werden, dass diejenigen, die die Missachtung ihrer Rechte erkennen und sich aufmachen, dieselbe zu beenden und eine bessere Zukunft erträumen, oft nicht daran interessiert sind, einen radikalen Wandel zu erreichen, sondern vielmehr danach streben, die aktuelle Situation zu verbessern. In vielen Fällen fordern diejenigen, die die bestehenden Zustände kritisieren, zu Beginn eines revolutionären Prozesses noch nicht das Systemende und dessen Ersetzung durch eine bessere Alternative. Initial sind es vielmehr Reformen und Zugeständnisse, die von Seiten der Regierenden erwartet werden. Kurzum: Revolutionen sind zu Beginn selten so radikal wie sie am Ende und aus der Retrospektive erscheinen mögen. Warum und wie sich dieselben radikalisierten wird im Weiteren zu zeigen sein, Fakt ist aber: Massen sind selten radikal.

Es ist doch eher der Fall, dass die Massen gerade in Krisenzeiten offen für radikalere Ideen sind, weil genau diese den schnellen und grundsätzlichen Wandel versprechen. Darin liegt aber auch eine Krux revolutionärer Prozesse, denn sobald eine Veränderung erreicht wird, die den Massen als ausreichend erscheint, verlangsamt sich die »Lokomotive« Revolution und die sogenannten Berufsrevolutionäre sehen sich dem Dilemma gegenüber, dass die Gesellschaft bisher noch nicht so weitreichend umgeformt worden ist, wie sie sich das erhofft hatten. Es bleibt folglich nur die Wahl zwischen der Akzeptanz des Erreichten oder der Entscheidung, den revolutionären Prozess, allerdings ohne die Unterstützung der Massen fortzuführen. Die Revolutionär*innen trennen sich demnach von denen, die sie zu repräsentieren beanspruchen, und zwingen schließlich die Massen, eine neue Gesellschaftsordnung anzuerkennen, die sich mit Blick auf die gewährten Freiheiten nur wenig von dem unterscheidet, was das »alte Regime« repräsentierte.

Gerade weil die Revolutionen der Vergangenheit sehr oft an dieser Korruption gescheitert waren, wird es im 21. Jahrhundert

schwierig sein, eine Massenbasis für einen aktiven, d.h. als solchen initiierten revolutionären Prozess zu gewinnen. Und oft wird es, wie mit Blick auf die historischen Fallbeispiele auch, kaum möglich sein, exakt zu bestimmen, wann und ob eine Revolution bereits begonnen hat. Diese Feststellung kann oft erst dann getroffen werden, wenn der Prozess bereits läuft. Darum ist es für die Vertreter der internationalen Diplomatie wichtig, sich der Folgen stets bewusst zu sein, die die Unterstützung von Protestbewegungen mitunter haben kann. Gleichzeitig muss das revolutionäre Potential der Massen als Chance begriffen werden, um diplomatischen Druck auf bestehende Regime oder Diktaturen auszuüben, wobei nicht nur Unrechtsregierungen, sondern ebenso die westlichen Zentren des globalen Kapitalismus von revolutionären Veränderungen betroffen sein können, sofern sie nicht dazu in der Lage sind, die Massen vor einer dauerhaften und einschneidenden Krise zu bewahren.

Wo und inwieweit Revolutionen also das 21. Jahrhundert bestimmen, wird vor allem davon abhängen, wie sich bestehende politische Systeme und Gesellschaftsordnungen mit denen arrangieren, die aus intellektuellen Glasperlenspielen der »Berufsrevolutionäre« eine Wirklichkeit entstehen lassen, die diesen Ideen in der realen Welt Rechnung tragen. Die Vertreter der revolutionären Intelligenz sind selbst selten in der Lage, den Beginn revolutionärer Prozesse vorherzugesagen, werden vielmehr von diesen, oft im Exil, überrascht und müssen dann versuchen, ihren Einfluss auf die bereits in Bewegung geratenen revolutionären Massen zum Ausdruck zu bringen. Für diese Gruppe von Revolutionär*innen gilt folglich ebenfalls: ohne Massen keine Revolution.

Das bedeutet für all jene, die auf eine Revolution im 21. Jahrhundert hoffen, um eine bessere Welt zu erschaffen, dass diese nur dann eine Chance hat, Wirklichkeit zu werden, wenn die revolutionären Ideen so weitreichend, jedoch gleichermaßen akzeptabel sind, dass sich eine Mehrheit der Menschen im Namen derselben motivieren lässt. Dahingehend bleibt zu hoffen, dass es sich dabei nicht erneut um politische Ideologien, sondern vielmehr um wichtige Grundrechte für alle handeln wird: Freiheit. Und das nicht nur im politischen Sinn, sondern ebenso mit Blick auf soziale Gerechtigkeit, etwa die Freiheit eines selbstbestimmten Lebens mit Zu-

kunft, d.h. durch die Abwendung der drohenden Klimakatastrophe, religiöse Freiheit oder die Freiheit der Geschlechter, d.h. auch Anerkennung und Chancengleichheit für alle. Doch nur wenn die Absenz dieser Freiheiten als Missachtung menschlicher Grundrechte und eine Art von Krise erkannt wird und diese auch als fundamental wichtig eingestuft werden, dann werden sich Massen in Bewegung setzen, um ein höheres Ziel, echte Ideale zu erreichen und in der Zukunft umzusetzen. Selbst wenn dieses Bewusstsein erst durch Krisen hervorgerufen wird, so ist es doch wünschenswert, dass Menschen die Notwendigkeit zum Wandel des herrschenden globalen Systems erkennen und den Wunsch entwickeln, sich eine bessere, ja eine gerechtere Welt zu schaffen. Dazu bedarf es allerdings des Widerspruchs der kritischen Masse.

2. Widerspruch einer kritischen Masse

Ohne diesen Widerspruch kann zwar eine *de jure* oder lediglich *de facto* existierende Missachtung der Rechte der Bevölkerung identifiziert werden, diese würde aber nicht dazu ausreichen, den revolutionären Prozess in Gang zu setzen. So kann es sein, dass Diktaturen oder andere Unrechtsregime – wenn auch nicht völlig ohne die Anwendung von Gewalt gegen die politische Opposition oder andere Kritiker – über Jahrzehnte existieren. Als Beispiel könnte man hier auf die lange Regierungszeit von Muammar al-Gaddafi oder die seit 1949 in China herrschende Parteidiktatur verweisen. Solche Unrechtsregime basieren auf der Fügsamkeit der Massen, denen die Beschneidung ihrer eigenen politischen Freiheiten entweder nicht vollends gewahrt wird oder die diese verlorenen Freiheiten nicht als Verlust empfinden. Ein Aspekt, der hier auch mit Blick auf den Verlauf der Revolution in Ägypten im Zuge des arabischen Frühlings genannt werden muss, ist die wirtschaftliche Stabilität, die vielen Menschen mehr wert zu sein scheint als die volle Inanspruchnahme ihrer individuellen Freiheiten, vor allem wenn letztere politischer Natur sind.

Sicherlich ist den Menschen bewusst, dass sie in einer Diktatur leben, sich gegen diese zu erheben ist allerdings ein unsicheres

Unterfangen, so dass oftmals das kleinere Übel gewählt wird, so lange die Unfreiheit nicht in der Bedrohung der eigenen Existenz oder der der Familie endet. Viel Protestpotential wird somit gar nicht erst zum Ausdruck gebracht, führt aber gleichermaßen zu einer Art Anstauung desselben, das in einer Krisensituation umso heftiger zum Ausbruch gelangen kann. Wenn in einer Krise Dinge beanstandet werden, die in erster Linie ökonomischen Ursprungs sind, wird es oft schnell offensichtlich, dass sich solche Proteste mit politischen Forderungen, die vielleicht bisher von einem Gros der Bevölkerung unterdrückt und nicht geäußert wurden, vermengen.

Doch auch hier gilt, dass der Widerspruch ein allgemeiner sein muss, d.h. dass eine kritische Masse, die im Zuge der folgenden Proteste zu einer Majorität werden sollte, notwendig ist, damit aus einer Missachtung bestehender oder gefühlter Rechte tatsächlich eine Protestbewegung entstehen kann. Wenn sich ein Regime im Gegensatz dazu sicher sein kann, dass der Widerspruch gegen bestehendes Unrecht nur von einer kleinen Minderheit ausgeht, so ist es möglich, umso härter und gewalträtiger gegen eben diese vorzugehen, denn um es hier einmal trivial zu formulieren: Der Revolution fehlt die Lobby. Solange die Mehrheit der Bevölkerung kein echtes Interesse an einem Wandel zeigt, kann sich ein Unrechtsregime sicher fühlen und wird, schon um ein Umsichgreifen gefährlicher Ideen zu vermeiden, den Widerspruch einer Minderheit im Keim ersticken. Das Tian'anmen-Massaker Anfang Juni 1989 in Peking, bei dem das chinesische Militär die Proteste, die von Student*innen ausgingen und Reformen verlangten, blutig niederschlug, sei hier nur ein Beispiel. Zu gering war die landesweite Empörung, zu stark erschien die Macht des Regimes und die Massen erhoben sich nicht, um die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas zu beenden. Ähnliches droht auch den Menschen in Hong Kong. Zwar gibt es mittlerweile internationale Proteste gegen das neue »Sicherheitsgesetz«, eine echte Lobby für Hong Kong existiert außerhalb der Stadt allerdings kaum. Und so wird China sich vermutlich nicht zurückhalten lassen die momentane Phase amerikanischer Schwäche und internationaler Gleichgültigkeit, in der die Bekämpfung von COVID-19 und nicht die Sicherung politischer Freiheiten in Asien an erster Stelle steht, zu nutzen, um seinen Einfluss weiter

auszubauen. In China selbst dürften Proteste für die Freiheiten der Menschen in Hong Kong zudem gering ausfallen, so dass Xi Jinping auch weiterhin sicher sein kann, dass selbst die gewaltsame Vereinahmung der Stadt und deren »politische Sinisierung« ungehemmt fortgesetzt werden können.

Die Unterstützung des Auslandes kann an diesem Punkt jedoch bereits dazu dienen, gewaltsame Ausschreitungen zu unterbinden und Regime dazu zu zwingen, Reformen auf den Weg zu bringen. Allerdings kann eine solche Intervention nur dann stattfinden, wenn die Proteste außerhalb des Landes oder der Region auch wahrgenommen und von der internationalen Politik als wichtig betrachtet werden. Ist dem nicht so, stehen diejenigen, die eine Veränderung wünschen, oft auf verlorenem Posten, sofern sie nicht dazu in der Lage sind, die Massen von der Notwendigkeit eines Wandels zu überzeugen. Ein weiteres Beispiel aus den USA kann das verdeutlichen.

Zwischen August und Dezember 2016 wurden in North Dakota mehrere Hundert Menschen festgenommen, die sich an den Protesten gegen den Bau der Dakota Access Pipeline, welche unter anderem durch ein Reservat der Sioux führen sollte, beteiligten. Im Zuge der Proteste bildeten sich mehrere Camps verschiedener Native Americans (»Indianer«), die an den Aktionen gegen die Zerstörung der Umwelt teilnahmen, wobei sie durchaus von verschiedenen Naturschutz- und anderen zivilgesellschaftlich aktiven Organisationen unterstützt wurden. Letztlich konnte ein Baustopp erreicht werden, der jedoch von Donald Trumps Regierung wieder aufgehoben wurde. Zu gering war die Unterstützung dieses lokalen Protestes, zu wenig einflussreich die Lobby der Native Americans. Die Menschen, die letztere unterstützt haben, repräsentierten nicht die Masse der Amerikaner, sondern vielmehr diejenigen, die im Bau der Pipeline eine Verletzung bestehender Rechte und den Schaden für die Umwelt erkannten und darauf aufmerksam machen wollten. Eine kritische Masse, die politischen Wandel hätte einleiten, ja eine revolutionäre Bewegung beginnen können, war es allerdings nicht. Erneut wurde gezeigt, dass sich das System eines ausbeutenden Kapitalismus, der sich gegen Mensch und Natur richtet, um noch mehr Kapitel zu akkumulieren – etwas das unter

anderem schon Rosa Luxemburg vor über 100 Jahren kritisiert hatte¹ – dabei keinerlei Rücksicht auf die Zukunft der Native Americans oder des Klimas nehmen konnte bzw. wollte.

Das Wissen darüber, dass etwas falsch, ungerecht oder sogar kriminell ist, wird allein folglich kaum dazu beitragen, dass sich die Welt verändert, denn sonst lebten wir bereits in einer anderen, möglicherweise besseren. Es wird auch nichts ändern, über die globalen Missstände zu diskutieren, um wirklich eine Veränderung zu initiieren. Doch gerade die Ignoranz gegenüber bestehenden Problemen lässt die Revolution *eo ipso* wie eine Naturgewalt wirken, die das aufgestaute Konfliktpotential ganzer Gesellschaften wie bei einem Vulkanausbruch offen zutage treten lässt, und schließlich gewaltsam die Strukturen zerstört, die durch verpasste Reformen nicht organisch und ohne gewaltsame Konflikte verändert werden konnten. Die Massen, welche, wie oben bereits ausgeführt wurde, zur Aktivierung bzw. Einleitung eines revolutionären Prozesses unverzichtbar sind, verfügen jedoch in aller Regel über eine hohe Toleranzgrenze, d.h. bevor sich das Gros der Bevölkerung dem Risiko verschreibt, das mit aktiven Protesten immer auch einhergeht, ist die Korruption und Gewaltanwendung bestehender Regime meist schon so weit fortgeschritten, dass Reformen nur noch aufgrund des Drucks von Seiten der Straße erreichbar scheinen.

Es ist dann die Wahrnehmung, dass der Protest tatsächlich erfolgreich sein könnte, der die Massen in Bewegung setzt. Das kann zum einen dadurch hervorgerufen werden, dass die Stimmen von Oppositionellen lauter werden und dadurch besser gehört werden, es kann allerdings ebenso daran liegen, dass die Agonie des Regimes erkannt wurde und getreu dem Motto »Jetzt oder nie« die Massen ihre Chance ergreifen. Das über Jahre angestaute revolutionäre Potential bahnt sich also endlich seinen Weg. Ebenso ist es möglich, dass die Menschen schlussendlich nichts mehr zu verlieren haben, gerade wenn sich die Lebensumstände im Zuge einer Krise radikal verschlechtern, sodass es dazu führt, dass immer mehr ihren Unmut über diese Situation mit der Kritik an den

1 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals: Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin 1913.

bestehenden politischen Gegebenheiten vermengen und eine Veränderung fordern, die sich gegen die vermeintlichen Verursacher der bedrückenden Lage richten. Menschen ohne Alternative, gerade wenn sich irgendwann der Hunger zur politischen Rechtlosigkeit gesellt, bilden alsbald eine revolutionäre Lawine, die alles mit sich hinwegreißen kann, was bis dato als noch durchaus akzeptabel anerkannt worden war.

Gerade weil es diese verschiedenen Szenarien bzw. Gemengelagen gibt, ist es sehr schwer, Revolutionen vorherzusagen. Gleichzeitig ist es so, dass nicht jeder Protest auch zu einer Revolution werden muss, dass nicht jeder Unmut über ein System in einer offenen Kritik desselben enden muss. Sicher ist jedoch, dass revolutionäre Prozesse nur dann wirklich in Gang kommen, wenn die Bevölkerung en masse bereit ist, sich an Protesten zu beteiligen. Viele Erhebungsversuche der Vergangenheit scheiterten mitunter daran, dass die Protestierenden nicht dazu in der Lage waren, die Massen hinter sich zu bringen, sie im Ringen um eine bessere Zukunft zu motivieren und ihr politisches sowie revolutionäres Potential vollends auf die Straßen und Plätze zu bringen, wo sie ihrem Wunsch nach Veränderung lautstark Ausdruck verleihen könnten.

Gerade Letzteres erscheint dabei heute zumindest im Ansatz – Revolutionen bei schlechtem Wetter sind schwierig – wesentlich einfacher als in früheren Zeiten, denn die Mitteilung und der Austausch darüber, dass ein existierendes System marode ist, wird durch den Einsatz moderner Kommunikationsmedien und sozialer Plattformen, die auch bei der Organisation der folgenden Proteste eine Rolle spielen, verhältnismäßig unkompliziert gestaltet. Zudem erlauben es Plattformen wie Facebook, Twitter oder YouTube ebenfalls, Informationen, wie etwa Videos, in Echtzeit zu teilen, wodurch ein größerer Teil der Bevölkerung die Möglichkeit hat sich mit den Geschehnissen auseinanderzusetzen. Trotzdem bleibt das Problem, zumindest aus Sicht der Revolutionär*innen, dass der Erfolg solcher Nachrichten und Inhalte immer von der Motivation und dem Willen, etwas aktiv zu verändern, abhängt, denn, wie bereits deutlich gemacht, zeigen sich die Massen vor allem dann, wenn sie sich in ihren elementaren Freiheiten bedroht sehen, d.h.

wenn sie ihr Leben und die bequeme Fortsetzung desselben als in Gefahr betrachten.

Das wiederum bedeutet gleichfalls, dass Regime permanente Gewalt gegen die eigene Bevölkerung einsetzen müssen, um mögliche Proteste einzudämmen. Irgendwann werden sie nicht mehr dazu in der Lage sein, das revolutionäre Potential der Massen zu beschränken, denn wer nichts zu verlieren hat, der wird sich eher an Demonstrationen beteiligen, selbst wenn diese stets mit verschiedenen Gefahren – Verhaftung, Verletzung, Tod – verbunden sind. Proteste allein entscheiden allerdings ebenfalls noch nicht darüber, ob aus Widerstand gegen ein bestehendes System, meist zu Beginn nur in Teilen, eine Revolution wird, die das Ende desselben verlangt, da es für viele Menschen zum Sinnbild alles Schlechten geworden ist. Es sind die Aktionen auf den Straßen, die Auseinandersetzung um die Zukunft, die darüber bestimmen, ob eine Revolution tatsächlich ihr volles Potential entfaltet oder ob es bei Demonstrationen bleibt, die vielleicht aufgrund eines Kompromisses gelöst werden können. Fakt ist allerdings: Ohne den offenen Protest bleibt alles wie es ist, eine Tatsache, der sich auch die oft zu Beginn trägen Massen irgendwann bewusst werden müssen.

3. Protest

Hat sich erst einmal ein breiter Widerspruch abgezeichnet, dann wird dieser schließlich durch eine ebenso breite Protestbewegung offen zum Ausdruck gebracht. Natürlich sind diese Aktionen nicht homogen, sondern bestehen aus verschiedenen Interessengruppen, die sich aus durchaus unterschiedlichen Gründen an den Demonstrationen beteiligen. Während einige dezidiert aufgrund politischer Forderungen teilnehmen, begeben sich andere auf die Straße, um gegen soziale Missstände zu protestieren, wieder andere, weil sie einfach konkrete Sorgen haben, mit denen sie sich alleingelassen fühlen. Kurzum, die unterschiedlichen Gruppen werden dadurch vereint, dass sie in der jeweiligen Regierung den Ursprung ihrer Probleme identifiziert haben. Um diese zu Reformen und echten Veränderungen zu bewegen, beteiligen sich Menschen folglich an

den nun tatsächlich stattfindenden Protesten, die sich der Missachtung von Rechten entgegenstellen.

Dabei ist es wichtig zu beachten, dass auch hier noch die Möglichkeit besteht, eine Eruption von Gewalt und einer Radikalisierung des revolutionären Prozesses zu verhindern, denn, zu Beginn solcher Demonstrationen fordern die jeweiligen Interessengruppen in ihrer Mehrheit keine radikale Veränderung des bestehenden Systems, sondern vielmehr Reformen, die bestehende Missstände adressieren. Das bedeutet, sofern eine Radikalisierung der Proteste und damit einhergehend der entsprechenden Forderungen der Demonstrant*innen vermieden werden kann, dass die jeweilige Regierung die Möglichkeit besitzt, ihre führende Position, wenn diese auch nicht mehr uneingeschränkt und mit Blick auf die vorhandene Macht etwas abgeschwächt sein dürfte, zu behalten. Ob und inwieweit sich aus den Protesten eine tatsächliche Revolution entwickelt, hängt demnach vor allem von der Reaktion der führenden politischen Kräfte ab, etwas, das in Phase 4 noch eingehender beschrieben wird.

Der Protest ist hingegen lediglich ein erster Schritt, in dem diejenigen, die mit gewissen Aspekten ihrer jeweiligen Situation unzufrieden sind, ihren Unmut tatsächlich artikulieren und zum Ausdruck bringen. Dabei können die ersten Demonstrationen spontan und als eine Antwort auf ein konkretes Ereignis – eine Art Trigger – formiert werden, denen sich dann aber aufgrund der bestehenden Missstände andere Protestwillige anschließen. Oftmals ist das genannte Ereignis dabei einfach ein solches, dass das Fass der Unzufriedenheit zum Überlaufen bringt. Die Menschen projizieren ihre gesamte Wut und die angestauten negativen Gefühle auf dieses oft emblematisch empfundene Geschehen und überwinden schließlich die Hemmung – möglicherweise auf Furcht basierend –, sich aktiv an Protesten zu beteiligen. Was ursprünglich als spontaner Widerstand als Antwort auf die Missachtung von Rechten begann, wird so schnell zu einem Massenprotest, dem sich immer mehr Menschen, wenn auch nicht immer aus den gleichen Gründen, anschließen.

Aus einem konkreten Anlass heraus, etwa der Aussperrung von Arbeitern und damit verbunden die Schädigung ihrer wirtschaftlichen Lebensgrundlage in Russland im Februar 1917, die Selbstver-

brennung Mohamed Bouazizis, eines jungen Mannes in Tunesien im Dezember 2010 als Protest gegen eine korrupte Regierung, oder aber die gewaltsame Ermordung eines Menschen, wie etwa George Floyds durch die Polizei von Minneapolis im Mai 2020, kann sich Widerstand formen, der zum Ausdruck dafür wird, dass die Mehrheit der Bevölkerung solche Ereignisse schlichtweg einfach nicht mehr ertragen kann. Dabei ist es deshalb oft nicht mehr nur das konkrete Ereignis, das die Menschen auf die Straßen treibt, sondern das vehemente Unrecht, das dasselbe symbolisiert. Massenproteste sind schließlich nur das Ende einer langen Entwicklung und bilden die Grenze dafür, was eine Gesellschaft an unrechtmäßigen Handlungen bereit ist zu tolerieren. Wenn die Freiheit am Ende mehr wiegt als die möglichen Gefahren, die mit dem Protest einhergehen, dann setzen sich Massen in Bewegung. In einer solchen Situation steigt zudem das Risiko einer gewaltsamen Eskalation, denn die Regierenden sehen sich nun einer Kulisse gegenüber, die ihre eigene Existenz in Frage stellt, selbst wenn viele Demonstrierende zu diesem Zeitpunkt immer noch recht moderate Forderungen äußern. Dessen ungeachtet können jetzt aber auch radikalere Stimmen als Teil der Protestbewegung Gehör finden, allerdings hängt deren Erfolg vor allem davon ab, wie sich die Demonstrationen weiterentwickeln.

Im Gegensatz zu historischen Protestbewegungen haben die Menschen des 21. Jahrhunderts viel mehr Möglichkeiten, ihren Widerstand gegen bestehendes oder gefühltes Unrecht zu organisieren. Moderne Kommunikationstechnologien, die bisweilen von Regimen selbst im Zuge der Intensivierung der Kontrolle von Menschen in ihrem Machtbereich ausgebaut wurden, erleichtern es heute und sicherlich auch in der Zukunft, den Widerspruch der Masse noch besser zu koordinieren. Die User von sozialen Plattformen und anderen Internetdiensten können diese nutzen, um miteinander zu kommunizieren und sich selbst zu organisieren. Zudem werden Informationen von Protesten oder Nachrichten über Missstände und die Verletzung von Menschenrechten viel schneller verbreitet und erlauben es so, die, die noch nicht am Protest teilnehmen, für eben diese zu motivieren und zu gewinnen.

Durch die Nutzung kapitalistischer Massenmedien – in diesem Fall soziale Medien statt wie im 19. und frühen 20. Jahrhundert Printmedien – generieren die Proteste für diejenigen, die sich aktiv mit denselben identifizieren, das, was Benedict Anderson eine imaginierte Gemeinschaft (imagined community) nannte.² Wenn immer mehr Menschen Teil dieser Gemeinschaft werden, und zwar egal ob real, im Falle von Protestveranstaltungen, oder ideell, durch die in vielerlei Hinsicht mögliche Unterstützung derselben, dann deutet sich eine immer größer werdende Bedrohung der herrschenden Eliten bzw. des herrschenden Regimes, des politischen Systems an. Sind die Proteste erst einmal zu solchen geworden, die von der Masse der Bevölkerung unterstützt werden, dann entsteht eine Situation, die im weiteren Verlauf darüber entscheidet, ob die Revolution tatsächlich realisiert wird. Gerade deshalb kann ein revolutionärer Prozess nicht ohne die Beteiligung der Massen ablaufen. Auf diesen Umstand hat bereits Friedrich Engels hingewiesen, wenn er die Rolle derselben im Zuge einer Revolution wie folgt beschreibt: »Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten.«³

Ist eine Protestbewegung nicht dazu in der Lage, die Unterstützung der Massen zu sichern, ist es ihr kaum möglich, echte Forderungen zu stellen. Das Medieninteresse des 21. Jahrhunderts würde nicht lange genug anhalten, um einer Minderheit dauerhaft Aufmerksamkeit zu schenken, denn das kapitalistische Interesse der modernen Medienlandschaft ist darauf aus, Themen abzudecken, sogar teilweise zu generieren, die ein Gros der Menschen interessieren. Handelt es sich um eine kleine von einer Minderheit vorangetriebene Protestbewegung, wird eine dauerhafte oder zumindest länger andauernde Berichterstattung kaum der Fall sein. Die Demonstrationen verschwinden zwar nicht sofort wieder, bleiben aber im kollektiven Bewusstsein so gut wie kaum mehr existent.

2 Benedict Anderson: *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983.

3 MEW, Bd. 22, Berlin 1963, S. 523.

Doch gerade in Letzteres müssen revolutionäre Proteste eindringen, sie müssen die Menschen schließlich dazu bringen, die mit der Erhebung einhergehende Angst vor dem Verlust des Wenigen, was sie im vorherrschenden System noch besitzen, zu überwinden: lieber echte Freiheit für einen Moment, als unendliche Unterdrückung und ein Leben, das schwerlich als solches empfunden werden kann.

Sind die Demonstrant*innen dazu in der Lage, dann kann aus spontanen Protesten eine echte revolutionäre Bewegung erwachsen, die ein Ende der bestehenden Zustände, oft verbunden mit dem Wunsch nach einem Personalwechsel an der Spitze der politischen Entität, fordert. Zu diesem Zeitpunkt muss das noch nicht zwingend mit der Forderung einhergehen, das gesamte politische System zu verändern, sondern vielmehr werden in erster Linie stärkere Partizipationsrechte für die Bevölkerung gefordert, die am politischen Geschehen Anteil nehmen will, um die Zukunft ihres Lebens aktiv mitgestalten zu können. Es ist die »Allmacht« des staatlichen Apparates oder des diktatorischen Regimes, gegen den sich in aller Regel der Protest richtet. Die Menschen fordern dahingehend mehr Gleichheit und mehr Freiheit, im politischen wie folglich auch im sozialen Sinn, bedingt das eine doch das andere. Dessen ungeachtet werden die Forderungen einer massenhaften Protestbewegung an diesem Punkt nicht so schnell verhallen, denn das Gros der Bevölkerung hat nun ein elementares Interesse und die lokalen Medien, sofern sie es frei dürfen, werden über die Demonstrationen berichten. Nun wären die Berichtersteller*innen selbst zu einem Teil des revolutionären Prozesses geworden, so dass die volle Aufmerksamkeit auf den Entwicklungen liegt und jeder Schritt der Gegenseite aufmerksam beäugt würde.

Einen Massenprotest von landesweiten Ausmaßen, der sich dank der oben angesprochenen modernen Kommunikationsmöglichkeiten sehr gut organisieren, international vernetzen und durch die Möglichkeiten der ungefilterten Berichterstattung zudem selbst inszenieren kann, fordert diktatorische Regime und autoritäre Herrschaft, egal welche politische Form sie haben mag, heraus. Dabei ist doch die Frage, ob sich die Demonstrationen weiter zuspitzen und ihr gesamtes revolutionäres Potential entfalten können, keine, die allein von den Protestierenden abhinge. Vielmehr wird

der weitere Kurs und die Entscheidung über den revolutionären Charakter der Protestbewegung von dem Zusammenspiel aus Forderungskatalog derselben und der Reaktion der regierenden Macht auf eben diesen abhängen. Letzten Endes spielen hier also mehrere Faktoren eine Rolle.

Wichtig aus Sicht der Widerstandsbewegung ist es allerdings, nicht an Unterstützung einzubüßen, die gewaltbereiten Teile der Protestierenden so weit als möglich von der Anwendung derselben zurückzuhalten und so klar als möglich Ziele zu formulieren, auf die eingegangen werden kann. Je unkonkreter dieselben sind, umso weniger Spielraum für eine Verhandlung mit der unerwünschten Regierung gibt es. Die Möglichkeiten, die Revolution und damit die Eruption von Gewalt und Zerstörung, die mit revolutionären Prozessen einhergeht, noch zu verhindern, nehmen damit also ebenso ab. Während die Proteste nämlich noch daran interessiert sein müssen, auf legalem Wege eine Veränderung zu erreichen, wird die Revolution zunächst alles Bestehende zerstören, um etwas völlig Anderes, Neues, und im Sinne aller Beteiligten Besseres zu erschaffen. Um hier noch einmal Engels zu zitieren: »Revolution mit legalen Mitteln [ist] per se ein Widerspruch, eine praktische Unmöglichkeit.«⁴ Das hängt schon damit zusammen, dass die Revolution schlussendlich zum Ziel hat, die gegebenen Umstände nicht nur partiell zu verändern, sondern diese in ihrer Gesamtheit zu überwinden, um etwas völlig Neues, eine neue Welt, zu schaffen. Ob die Überschreitung des legalen Rahmens allerdings tatsächlich notwendig wird, hängt stark von der Haltung derer ab, die die politische Macht in Händen halten. Es ist deshalb am Ende auch die Reaktion der Regierenden, welche bestimmt, ob die Proteste einen Kompromiss zwischen der Bevölkerung und den politisch Mächtigen erreichen können oder ob diese sich radikalisieren und schließlich das Ende des gesamten Systems, welches von den Herrschenden repräsentiert wird, und damit einhergehend die Schaf-

4 Friedrich Engels: The Internal Crises, in: Rheinische Zeitung, Nr. 343 und 344, 9. und 10. Dezember 1842. Online, <https://marxists.catbull.com/archive/marx/works/1842/12/09.htm>. [29.7.2020].

fung einer absoluten Freiheit auf einen politischen sowie sozialen Neuanfang verlangen.

4. Reaktion der Regierenden

Der weitere Kurs des revolutionären Prozesses ist somit vollends davon abhängig, wie sich diejenigen, die die politische Macht in ihren Händen halten, verhalten werden. Denn nur wenn die Herrschenden dazu bereit sind, einem friedlichen Wandel zuzustimmen, dann kann dieser auch vollzogen werden, weshalb friedliche Revolutionen in der Regel eher einem utopischen Wunschtraum entsprechen. Wenn die Regierenden nicht bereit sind, Veränderungen einzuleiten und diese zu akzeptieren, werden die Demonstrierenden irgendwann keine andere Wahl haben, als ihren friedlichen Forderungen Taten folgen zu lassen, so dass aus einer gewaltlosen Protestbewegung schließlich ein gewalterfüllter Bürgerkrieg wird. Allerdings ist diese Möglichkeit an Punkt 4 des Revolutionszyklus noch nicht klar zu erkennen, denn hier haben zunächst die Mächtigen drei Reaktionsmöglichkeiten und damit die Chance, die volle Entfaltung revolutionärer Kräfte zu unterbinden und noch einmal »mit einem blauen Auge« davonzukommen.

Diese Möglichkeiten sind: ein Kompromiss, das Ignorieren der Proteste und die Anwendung von Gewalt. Jede dieser drei möglichen Reaktionen birgt ein Risiko für die Herrschenden, aber nur die erste erlaubt es ihnen, weiter an der Spitze zu verweilen, wenn auch unter Umständen mit eingeschränkter Macht. Nur der Kompromiss kann die revolutionären Tendenzen innerhalb der Widerstandsbewegung in Zaum halten, denn durch Gespräche auf Augenhöhe und eine partielle Erfüllung der initialen Forderungen der Revolutionär*innen wird der Protest direkt adressiert und das Interesse an einer gemeinsamen Lösung suggeriert. Es gilt also zu verstehen, dass Herrschaft im Zuge eines anlaufenden revolutionären Prozesses nur dann erhalten bleiben kann, wenn der- oder diejenige/n, die diese ausüben, willens sind, sie teilweise abzugeben. Ihre eigene Position würde dann zwar geschwächt, bliebe aber prinzipiell erhalten. Dass eine solche Strategie aussichtsreich

sein kann, haben die Reaktionen des marokkanischen Königshauses 2011, also im Zuge des sogenannten arabischen Frühlings bewiesen. Weitreichende Reformen wurden von König Mohammed VI. zugesichert und dadurch zwar Macht von Seiten der Monarchie eingebüßt, diese überdauerte jedoch gleichfalls die revolutionären Entwicklungen in der nordafrikanischen Region.

Es ist wichtig zu verstehen, dass ein Kompromiss zwar im Moment desselben einen Verlust von Macht für diejenigen bedeutet, die bisher mitunter absolut regierten, dass dieser aber notwendig ist, um die eigene Position im Zuge des weiteren revolutionären Prozesses nicht völlig zu verlieren. Auch für die Mächtigen der Welt empfiehlt es sich daher, Proteste ernst zu nehmen, bevor diese ungewollt zu Revolutionen werden, die nicht mehr nur auf Reformen abzielen, sondern einen grundlegenden Wandel, und damit einhergehend, ein Ende bestehender Herrschaftsordnungen und -systeme fordern. Die frühe und gezielte, auf Kompromiss ausgelegte Reaktion ist daher vermutlich für beide Seiten ein idealer Ausgang, zumal die Revolution ihre gesamte Wirkmacht und mitunter die Gewalt, die mit dieser verbunden ist, gar nicht erst entfaltet. Wenn die Herrschenden allerdings nicht bereit sind, über einen Kompromiss zu reden, dann bleiben zwei mögliche Reaktionen, die langfristig betrachtet zum einen den Revolutionsprozess befeuern und zum anderen denselben radikalisieren, so dass die Revolutionär*innen bald nicht mehr nur Reformen fordern, sondern erst zufrieden sind, wenn das bestehende System vollends abgeschafft worden ist.

Oft versuchen Diktatoren nämlich, die Protestbewegung zu ignorieren und tun die Menschen, die sich derselben angeschlossen haben, als unsinnige Fantasten, Agent*innen des Auslands oder asoziale Elemente der Gesellschaft ab, die lediglich darauf dringen, das bestehende System zu destabilisieren. Die Ignoranz derer, die sich einreden, dass Proteste einfach so wieder verschwinden, befeuert die letzteren vielmehr und schließlich werden die Rufe nach Veränderungen so laut, dass ein Regime diese nur schwerlich überhören kann. Die Indifferenz lässt mehr und mehr Menschen auf die Straße gehen, denn es wird für viele von ihnen offensichtlich, dass die herrschenden Eliten und die diese repräsentierende Regierung nicht willens sind, etwas zu verändern. Je mehr Frauen und

Männer sich nicht mehr mit dem Status quo identifizieren können, desto stärker wird die Protestbewegung werden. Ignoranz ist folglich gleichfalls ein Ausdruck der Unfähigkeit derer, die die Macht zu lange moralisch verdorben haben und die sich nicht mehr von ihr trennen können oder wollen. Gleichzeitig wird das Ignorieren der Demonstrationen und der Forderungen nach Veränderung dazu führen, dass dem Regime nur noch die dritte und letzte Handlungsoption, nämlich die Anwendung von Gewalt bleibt.

Es wurde eingangs bereits darauf hingewiesen, dass Revolutionen in der Regel zwar friedlich beginnen mögen, diese aber selten friedlich bleiben und nur durch einen Kompromiss gelöst werden, weil die Gefahr einer echten Revolution in radikalisierter Form hier schon relativ früh entschärft worden ist. In dem Moment, in dem sich diejenigen, die ihre eigene Macht nicht teilen wollen, gestützt auf Polizei, Sicherheitskräfte und Militär, dazu entschließen, Gewalt gegen das eigene Volk anzuwenden, öffnen sie gleichfalls die Büchse der Pandora und verändern den Charakter des revolutionären Prozesses. Wenn erst einmal Gewalt angewandt wurde, hat das oft nicht den gewünschten Effekt, die Protestierenden einzuschüchtern, sondern sorgt vielmehr dafür, dass sich die Menschen in ihrer Gesamtheit mit den Demonstrationen und den revolutionären Forderungen identifizieren und den Opfern der Gewalt solidarisieren. Kurzum: Die Proteste werden an Fahrt aufnehmen und wesentlich mehr Menschen ziehen gegen das herrschende Regime zu Felde, um ihrem Wunsch nach Veränderung, der nun drängender als je zuvor erscheint, Luft zu machen. Dass diese Entscheidung von einer allgemeinen Krisensituation, wie oben schon angesprochen, noch verstärkt wird, ist nicht selten, denn gerade dann wird das Regime und dessen Existenz per se zu einem nicht länger ertragbaren Zustand. Wandel wird zur *Conditio sine qua non* einer zukunftsorientierten Generation, die die Proteste initiiert haben mag, aber nun von einer breiten Masse, die demographisch durchaus divers ist und die Gesamtheit der Menschen eines Landes widerspiegelt, unterstützt wird.

Der Einsatz von Gewalt ist damit die gefährlichste Handlungsoption, denn sie intensiviert die Radikalisierung des weiteren revolutionären Prozesses und bildet schließlich den Umkehrgrenz-

punkt (Point of No Return) der Revolution. Das heißt auch, dass die Anwendung gewaltsamer Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung den Kurs der Proteste verändert. Jegliche Form von Kompromiss erscheint nach einer Gewalterfahrung der Demonstrant*innen ausgeschlossen, da das Herrschaft ausübende Regime deutlich gemacht hat, dass es eher die eigene Bevölkerung zum Opfer von Repressalien machte, als echte Veränderung in Form eines gemeinsam ausgehandelten Zukunftskonzeptes in Erwägung zöge. Hinzugefügt werden muss hier ebenfalls der Hinweis darauf, dass Gewalt innerhalb eines revolutionären Prozesses eine gewisse Sogwirkung erzeugt und letzterer in Konsequenz per se gewalttätiger zu werden droht: Gewalt erzeugt Gegengewalt. Die Anwendung solcher Methoden von Seiten der Herrschenden lässt zudem deutlich werden, wie unsicher sie selbst ihre eigene Herrschaft betrachten, denn schlussendlich fürchten sie die Proteste so sehr, dass sie diese gewaltsam niederschlagen müssen, um ihre eigene Macht weiterhin zu sichern. Dass letztere eigentlich bröckelt, wird dadurch jedoch offensichtlich und einmal von Gewalt angestachelt, wird die Revolutionsbewegung so schnell nicht verschwinden, besonders da es nach den ersten Toten im Namen der Revolution kaum eine Chance gibt, einen Status quo ante und damit die Möglichkeit für kompromissorientierte Gespräche wiederherzustellen. Es bleibt der Blick nach vorne, der für die Revolutionär*innen allerdings nur eine Zukunft verheißen kann: eine ohne die gewaltsamen Herrscher der Vergangenheit.

5. Umkehrgrenzpunkt (Point of No Return) der Revolution

Der Umkehrgrenzpunkt bildet, wie es der Begriff schon impliziert, die Zäsur zwischen einer Protestbewegung, die bereit ist, einen Kompromiss mit den herrschenden Kräften zu akzeptieren, das heißt also in ihrem Sinne und Ergebnis nach eine Reformbewegung bliebe. Wenn Kompromisse und Reformen jedoch nicht zu erzielen sind und das bestehende Regime auf die Forderungen der Menschen mit Gewalt antwortet, so findet auf Seiten der Demons-

trierenden ein Umdenken statt. Eine Herrschaft, die die eigene Bevölkerung mit Gewalt überzieht, weil sie unfähig oder nicht willens ist, einen Kompromiss anzubieten, verliert an Zustimmung. Die Proteste werden dadurch schließlich von immer mehr Menschen, die mehr und mehr die demographischen Gegebenheiten des jeweiligen revolutionären Kontextes widerspiegeln, unterstützt, so dass sich eine umfassende Revolutionsbewegung formiert, deren Ziel nun nicht mehr nur einfach Reformen sind, sondern die nach einem echten Wandel strebt, der vor allem dadurch ausgedrückt wird, dass das herrschende Regime von einer zumeist demokratischen Ordnung abgelöst wird.

Gerade am Umkehrgrenzpunkt wird die Rolle deutlich, die die Anwendung von Gewalt für die Radikalisierung revolutionärer Prozesse spielt. Eine Gelegenheit, zwar auf Basis geteilter Macht aber immerhin noch an der Spitze des Staates zu verweilen, wird von den politisch Herrschenden oft ausgeschlagen, weil der Ernst der Lage im Falle einer sich formierenden Revolutionsbewegung zumeist verkannt wird. Nur diese hätte die weitere Radikalisierung, die sich aufgrund der Anwendung von Gewalt gegen die Protestierenden richtet, einstellen, verhindern können. Damit stellt der Umkehrgrenzpunkt eine Zäsur zwischen der friedlichen Lösung des Konflikts durch Gespräche zwischen Protestbewegung und herrschender Autorität dar, die allerdings nur in einer Richtung wirken kann. Das heißt, dass eine Rückkehr zum Status quo ante nach dem Einsatz von Gewalt – manchmal reicht bereits deren Androhung – nicht mehr möglich ist. Damit kann ab diesem Zeitpunkt und der *expressis verbis* geäußerten Forderung nach einem Ende der Herrschaft dessen oder derer, die das politische Schicksal einer Region oder eines Landes bestimmen, nicht mehr darauf gehofft werden, dass sich die unterschiedlichen Interessen der beiden Konfliktparteien in einem friedlichen Konsens vereinen lassen.

Die gewaltsame Reaktion auf die Forderungen der Protestbewegung lässt auf der einen Seite zwar keinen Kompromiss mit den Regierenden mehr zu, auf der anderen Seite ermöglicht sie jedoch eine Solidarisierung der unterschiedlichen Protestgruppen, da diese sich durch die eigene Positionierung gegen die bestehenden Missstände, die ihren Ausdruck in der Gewalt finden, als Teil eines

umfassenden revolutionären Prozesses identifizieren können. Mit Blick auf die möglichen Positionen wird der Revolutionsprozess also dichotomisch intensiviert. Es gibt demnach nur noch zwei Identitäten innerhalb des Konfliktes: für oder gegen das bestehende Regime.

Bis zu diesem Punkt innerhalb der revolutionären Entwicklung wäre eine Entschärfung der Situation möglich gewesen, allerdings gelingt das eher selten. Das hängt zum einen damit zusammen, dass diejenigen, die sich seit langer Zeit unangefochten an der Macht gehalten hatten, nicht gewillt sind, einzugestehen, dass die einzige Chance auf Machterhalt ein Verzicht auf einen Teil derselben bedeuten würde. Anstatt die Bedrohung durch eine Protestbewegung ernst zu nehmen, ignorieren die Herrschenden diese stattdessen und wännen sich schlussendlich in einer Lage, in der nur der Einsatz von Gewalt als Ausweg verstanden wird. Gerade eine solche gewaltsame Reaktion kann dafür sorgen, dass sich die Proteste noch mehr intensivieren und die Demonstrant*innen sich schließlich radikalisierten und in ihrer Gesamtheit nun nicht mehr eine reformorientierte Bewegung bleiben, sondern vielmehr zu einer echten revolutionären werden, die die Abschaffung der bestehenden Verhältnisse um jeden Preis anstrebt.

Dadurch, dass Revolutionen in der Regel nicht *eo ipso* in die Welt oder innerhalb historischer Prozesse hervortreten, sondern unter anderem von Krisen bedingt und von den Reaktionen derjenigen, die die Proteste der Massen zu unterdrücken suchen, befeuert werden, muss der Umkehrgrenzpunkt als elementarer Bestandteil einer jedweden Revolution verstanden werden, denn erst das Überschreiten desselben transformiert eine Protest- in eine Revolutionsbewegung. Der Anspruch der letztgenannten zielt auf einen Wandel, der nicht mehr durch einige Reformen, sondern nur durch einen fundamentalen Bruch mit dem Status quo, und das oft sowohl in politischer als auch sozialer Hinsicht, erreicht werden kann. Die Positionierung der jeweiligen Entscheidungsträger gegen die angestrebten Veränderungen, die nicht *per se* gegen die Person oder Personen an der Spitze gerichtet sind, wird dafür sorgen, dass nach der Überschreitung des Umkehrgrenzpunktes für

viele Revolutionär*innen kein Platz mehr in der neuen Ordnung für die »Mächtigen einer überwundenen Zeit« sein kann.

Das bedeutet darüber hinaus aber auch, dass es die Mächtigen sind, die darüber bestimmen, ob aus einer reformorientierten Protestbewegung eine radikale Revolution werden kann oder nicht, denn es hängt von ihrer Reaktion auf die Forderungen der Demonstrant*innen ab, inwieweit sich radikale Ideen einer »neuen Welt« bzw. einer »neuen politischen Ordnung« verbreiten. Die Akzeptanz der bestehenden Ordnung basiert auf der Möglichkeit, mehr individuelle Freiheiten erreichen zu können. Sollte das nicht länger der Fall sein, so dass Gewalt jederzeit und unbegründet als Folge dieses Wunsches nach Freiheit zu erwarten wäre, verlieren die Menschen den Glauben an Reformen und stellen sich selbst in den Dienst eines revolutionären Ideals, das eben diese zu erreichen verspricht. Ist erst einmal das Gros der Menschen für die herrschenden Kräfte verloren, kann sich das Regime nur noch durch instrumentalisierte Gewalt an der Macht halten. Dadurch generiert es jedoch eine gefühlte Ausweglosigkeit für alle diejenigen, die bisher nur auf reformerische Veränderungen gehofft hatten, nun aber keinen anderen Ausweg mehr sehen, als ihre Forderungen dahingehend zu radikalisieren, eine umfassende Neuordnung der Verhältnisse, und das ohne Kontinuitäten für die Herrschenden, zu fordern. Die Revolution beginnt demnach genau in diesem Moment, der Zäsur zwischen friedlichem Protest und der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Protestierenden und Herrschenden. Wenn erstere auf friedlichem Weg keine Veränderung erreichen, müssen sie, sofern die revolutionäre Bewegung nicht verebben soll, die bestehende Unrechtsherrschaft aufbrechen. Die gedachte »schöne Revolution« wird damit zum »hässlichen Konflikt« zwischen einer mächtigen Minderheit und der oft diversen Masse der revolutionären Bevölkerung. Letztere verdrängt dabei für den Moment die eigene Diversität und richtet all ihre Ambitionen und Möglichkeiten auf ein einziges Ziel: den Wandel. Der gemeinsame Gegner bedingt dabei einen Schulterchluss ganz unterschiedlicher revolutionärer Identitäten, die sich der eigenen Unterschiede zwar bewusst sind, diese für den Moment aber dem revolutionären Ideal unterordnen bzw. dieselben ausblenden.

Jetzt gilt es, die politische Ordnung zu verändern und da dieses Ziel nur gemeinsam erreicht werden kann, formiert sich ein Konflikt zwischen denen, die herrschen, und denen, die diese Herrschaft zum Wohle einer besseren Zukunft ablösen wollen.

6. Konflikt zwischen Regierenden und Revolutionär*innen

Ist der Umkehrgrenzpunkt überschritten, wird die Auseinandersetzung zwischen Regierenden und der Bevölkerung zunehmen, denn eines ist klar: Ein Kompromiss steht außer Frage. Das hängt zum einen damit zusammen, dass sich die Haltung der revolutionären Masse radikalisierte und zwar dahingehend, dass ein Weiterbestehen der als ungerecht empfundenen Herrschaft von einer Mehrheit abgelehnt wird. Gleichzeitig wurde zum anderen vom herrschenden Regime erkannt, dass ein Erfolg der Protestbewegung tatsächlich revolutionär wäre, was heißt, dass im Falle desselben keinerlei politische Kontinuitäten für die herrschenden Eliten bestünden. Demnach kommt es auf kurz oder lang zu einer Auseinandersetzung zwischen beiden Seiten. Sofern das Regime und dessen Vertreter*innen nicht willens wären, abzutreten – was bei einem völligen Verzicht auf Macht und Einfluss eher selten ist –, muss es also zwangsläufig zu einer schärferen Konfrontation beider Seiten um die Zukunft der politischen und damit einhergehend der sozialen Ordnung kommen.

Dadurch entsteht allerdings gleichzeitig eine Krux für die Revolutionär*innen, die sich in der folgenden Frage zuspitzt: Wie beseitigt man ein Regime, das sich widersetzt, ohne selbst Gewalt anzuwenden? Darin offenbart sich bereits eines der wesentlichen Elemente, die über den Ausgang der Revolution an diesem Punkt entscheiden. Die Rolle der Polizei und des Militärs. Solange beide das Regime stützen und damit das Gewaltmonopol des Staates weiter aufrechterhalten – die Protestierenden wollen schließlich keine Gewalt anwenden –, kann es den Menschen nicht gelingen, einen politischen Wandel zu erreichen. Oftmals bedarf es geradezu eines Seitenwechsels, einer revolutionären Einbeziehung der Polizei oder

des Militärs, um die scheinbar unangreifbare Stellung der herrschenden Kräfte zu überwinden. Doch um das zu erreichen, müsste vor allem das Militär, das seine Stellung und das Einkommen der Soldat*innen eben jenen Kräften verdankt, die nun überwunden werden sollten. Was jedoch ebenso dazu führen kann, dass sich das Militär und/oder die Polizei gegen die Machthabenden wenden, wäre ein Übermaß an Gewalt gegen die Revolutionär*innen, allerdings würde die Unterdrückung der letzteren erst als übermäßig gewaltsam empfunden, wenn sich die Soldat*innen zumindest partiell mit den Zielen der Revolution identifizieren könnten.

Insgesamt betrachtet stellt sich an diesem Punkt eine Gefahr für jede revolutionäre Bewegung. Wenn der »friedliche Kampf«, eigentlich an sich schon ein Oxymoron, fortgesetzt wird, dann ist damit zu rechnen, dass es zwangsläufig zu einer Eskalation der Gewalt kommen muss und damit die Revolution ihre Schönheit verliert, um einmal im oben benannten Diktum Manfred Kossoks zu bleiben. Aus der friedlichen Protestbewegung wird eine radikale, denn die Gewalt der Herrschenden, die sich bereits am Umkehrgrenzpunkt des revolutionären Prozesses entladen hatte, wird unerträglich und die Massen der Demonstrant*innen erkennen, dass ein Wandel mit friedlichen Mitteln ausgeschlossen ist. Je länger die »Diktatoren« an diesem Punkt in Amt und Würden bleiben, je länger die Proteste andauern, ohne dass sich wirklich etwas ändert, umso schwieriger wird es, friedlich zu bleiben.

Schlussendlich wird es zu einer Art Bürgerkrieg kommen müssen, nämlich zwischen denen, die das Regime stützen, weil sie fürchten, ihre eigene Stellung im Zuge einer post-revolutionären Ordnung einzubüßen, und denen, die auf gar keinen Fall gewillt sind, die bestehenden Zustände weiter zu akzeptieren. Je stärker das Fundament der herrschenden Eliten ist, umso schwieriger und langwieriger können die folgenden Auseinandersetzungen werden, wie es aktuell die Entwicklungen in Belarus oder die Jahre des Syrischen Bürgerkrieges zeigen.

Dabei spielt zudem die Haltung des Auslandes eine nicht zu unterschätzende Rolle, denn revolutionäre Bürgerkriege können sehr leicht zu Stellvertreterkriegen von Großmächten werden, die durch ihre Unterstützung einer der beiden Seite danach trachten,

die Region zu destabilisieren, den eigenen Einfluss auszubauen oder schlichtweg einem Konkurrenten auf dem internationalen Parkett zu schaden. Die »Hilfe« für Revolution oder Konterrevolution verfolgt dabei stets die Absicht, den eigenen Interessen zu dienen, so dass die eigentlichen Ziele der revolutionären Bewegung schnell ins Hintertreffen geraten, je länger der Konflikt zwischen den Parteien andauert. Zudem können im Zuge einer solchen Entwicklung gleichfalls wesentlich radikalere Kräfte die Führung der Revolutionsbewegung übernehmen.

In den unruhigen Zeiten eines solchen revolutionären Bürgerkrieges beginnt zudem bereits eine Spaltung, die sich jedoch erst in voller Gänze zeigt, wenn die alten Machthaber überwunden wurden und sich die Revolutionär*innen der Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung widmen können. Gerade weil der lang andauernde Konflikt zwischen alten Eliten und revolutionären Gruppen ein gewaltsamer ist, leidet darunter vor allem auch die Zivilbevölkerung. Das Land wird zum Kriegsschauplatz und diejenigen, die sich weder Revolutionsbewegung noch dem Regime zugehörig fühlen, werden zu Fliehenden vor Krieg und Zerstörung. Dadurch wird die Revolution zunehmend internationalisiert, da die Geflüchteten die Geschichte der bisherigen Ereignisse und durch ihre Flucht auch die Folgen in die Anrainerstaaten sowie andere Länder tragen. Die revolutionären Exilant*innen, die bereits zuvor nach Hilfe im Ausland gesucht hatten, werden nun zahlreicher und erneut entsteht eine revolutionäre, diesmal allerdings post-revolutionäre Diaspora derer, die wegen des Bürgerkrieges und der Gefahr der Verfolgung und Repressalien aus ihrem Land fliehen mussten. Gleichfalls werden diese Menschen versuchen, moralische, aber vielmehr materielle Unterstützung zu erlangen, um diejenigen, die in ihrer Heimat die Ideale der Revolution weiter am Leben erhalten, zu unterstützen.

Sollten die Revolutionär*innen dazu in der Lage sein, entweder ausreichend Hilfe im Kampf gegen das Regime von außen zu erhalten oder die Polizei und Armee auf ihre Seite zu ziehen, dann kann es tatsächlich gelingen, dass das Regime, das sich in dieser Phase lediglich durch Gewalt gegen die eigene Bevölkerung an der Macht gehalten hatte, zu überwinden. Im Anschluss daran zeigen

sich allerdings erst die möglichen Probleme, die durch die lange Auseinandersetzung mit den vormals Herrschenden entstanden waren. Oft ist es so, dass spätere interne Machtkämpfe zwischen unterschiedlichen Repräsentant*innen der Revolution sich in dieser Phase bereits andeuten, auch wenn sie noch nicht offen zutage treten. Noch eint der gemeinsame Gegner, der den revolutionären Wandel hemmt, die unterschiedlichen Gruppierungen, die doch in ihrer Gesamtheit allesamt danach streben, das bestehende politische System zu überwinden.

In dem Moment, indem das bisherige Regime fällt, ist dieser Zusammenhalt in Gefahr. Wenn es gilt das sich nach dem Ende der alten Eliten bildende Machtvakuum zu füllen, sind eigene Interessen plötzlich viel wichtiger als revolutionäre Ideale, die, beispielsweise im Falle eines langen Bürgerkrieges, bisweilen bereits weit zurückliegen. Der revolutionäre Prozess gelangt somit schließlich an einen entscheidenden Punkt, an dem die Frage über Erfolg oder Misserfolg desselben wirklich entschieden wird.

7. Erfolg der Revolution

Sofern eine Protestbewegung wirklich dazu in der Lage ist, eine als widerrechtlich empfundene Herrschaft zu Fall zu bringen und diese durch ein freieres und demokratischeres System zu ersetzen, so kann von einer erfolgreichen Revolution gesprochen werden. Dabei können auch soziale Veränderungen Teil dieses Transformationsprozesses sein, allerdings markiert der politische Systemwandel zunächst den Erfolg. Dabei ist dieser Moment zugleich einer der fragilsten des gesamten revolutionären Ablaufs, denn nun entscheidet sich, ob die Revolution wirklich dazu in der Lage ist, die von den Menschen, die in ihrem Namen auf die Straßen gegangen sind, ersehnten Ziele zu erreichen und in der Anfangsphase der Revolutionsbewegung zum Ausdruck gebrachte Ideale Wirklichkeit werden zu lassen. Ob dieselbe also einen echten Wandel erzielen kann oder scheitert, entscheidet sich demnach genau an diesem Punkt innerhalb des revolutionären Prozesses.

Prinzipiell ist entscheidend, dass der erzielte Wandel von einer Majorität der nun von der vormaligen als ungerecht empfundenen Herrschaft befreiten Bevölkerung darüber im Einklang ist, dass die bisher erreichten Veränderungen in eben dieser Form festgeschrieben werden. Sollte eine Majoritätsentscheidung getroffen werden können, so gilt es ebenfalls, diese Entscheidung demokratisch legitimieren zu lassen und gegebenenfalls gegen einen Widerstand zu verteidigen. Das heißt nicht, dass es keinen Diskurs geben darf. Es muss allerdings ebenso darauf hingewiesen werden, dass eine Mehrheitsentscheidung den Konsens über die revolutionären Veränderungen, auf denen das neue politische System sowie die soziale Ordnung fußen sollen, bestimmt. Sicherlich werden gerade radikalere Elemente der Revolutionsbewegung hier vor der Entscheidung stehen, die neuen politische und sozialen Gegebenheiten zu akzeptieren oder weiter danach zu streben, die Revolution noch voranzutreiben, damit diese noch mehr von dem erreichen kann, was zu diesem Zeitpunkt erreichbar und möglich erscheint.

Die Revolutionsbewegung muss demnach darüber diskutieren, wie genau ihre Minimal- bzw. Maximalziele aussehen, und die unterschiedlichen Gruppen müssen sich in einem basisdemokratischen Diskurs darüber einigen, wie ein akzeptabler Konsens aussehen kann. Sollten die unterschiedlichen Interessengruppen an diesem Punkt dazu in der Lage sein, sich auf eine gemeinsame Lösung zu verständigen und diese politisch sowie sozial umzusetzen, dann kann die Revolution durchaus erfolgreich sein. Damit endete dann gleichfalls der revolutionäre Prozess und ginge in den der Etablierung und Festigung der neuen Ordnung über. Wenn alle Kräfte der Revolutionsbewegung an dieser Schaffung einer »neuen Welt« ihren Anteil nehmen, kann eine von allen demokratisch getragene Zukunft geschaffen werden, die aus einer erfolgreichen Revolution hervorgegangen wäre.

Schon Rosa Luxemburg hat in ihren Betrachtungen zur Russischen Revolution darauf hingewiesen, dass an diesem Punkt besonders die Freiheit der unterschiedlichen Positionen und Mei-

nungen bzw. derer, die diese vertreten, gesichert werden muss.⁵ Die Revolutionsbewegung muss demnach nach dem Ende der alten Ordnung dazu in der Lage sein, eine bestehende Meinungsdiversität zu akzeptieren und diese in eine freie und demokratische Entscheidung für die neue post-revolutionäre Ordnung umzumünzen. Die Revolution, die ein Ausdruck der Unzufriedenheit der Massen, der unterschiedlichen Bevölkerungsschichten und verschiedener Altersgruppen war, muss schlussendlich dazu führen, dass ein Konsens dieser Unterstützer*innen gefunden wird, mit dem alle gleichermaßen leben können. Unabhängig von politischen Dogmen und radikalen Forderungen kann eine Revolution nur dann erfolgreich sein, wenn sie zwei Dinge (er)schaffen kann: 1) die Freiheit für alle und 2) den Konsens und dessen Akzeptanz von allen.

Ist die Revolutionsbewegung in ihrer Gesamtheit nicht dazu fähig, diese beiden Grundbedingungen für eine friedliche Transformation hin zu einer neuen politischen und sozialen Ordnung zu gewährleisten, dann wird der erreichte Wandel mitunter als unzureichend empfunden, so dass radikalere politische Kräfte ihren Einfluss ausbauen könnten, um ein weiteres Vorantreiben des revolutionären Prozesses hin zu weitreichenderen Veränderung zu verlangen. Das würde bedeuten, dass der erzielte Wandel nicht dazu ausreichte, die Revolution in einen echten Erfolg umzumünzen und den zehnstufigen Prozess an diesem Punkt zu stoppen. Je mehr Menschen von dem, was die Revolutionsbewegung tatsächlich erreichen bzw. verändern konnte, enttäuscht sind, umso wahrscheinlicher ist es, dass die radikalen Kräfte innerhalb des revolutionären Prozesses mehr Unterstützung erhalten und ihren Anspruch, die Revolution weiter voranzutreiben, nicht nur offen äußern, sondern aktiv in die Tat umsetzen.

Erfolgt die Trennung der Revolutionsbewegung aufgrund der im vorigen Punkt bereits bestehenden Differenzen, da kein Konsens über den zu erzielenden Wandel erreicht werden kann, so droht ein Zerfall in moderate und radikale Revolutionär*innen, die nun versuchen, ihre Ideen und Ideale durchzusetzen, mitunter auch unter

5 Rosa Luxemburg: Die Russische Revolution. Eine kritische Würdigung, hg. und eingeleitet v. Paul Levi, Berlin 1922, S. 109.

Ausübung von Gewalt gegen den politischen Gegner. Dabei spielt zudem eine Rolle, dass sich auch die konterrevolutionären Kräfte in dieser Phase formieren, da die Schwäche der Revolution durch die Spaltung der verschiedenen Revolutionsparteien offensichtlich wird. Sollte es also zu einer Scheidung in unterschiedliche Revolutionsgruppen kommen, die die post-revolutionäre Ordnung jeweils in ihrem Sinne zu interpretieren suchen, dann endet der revolutionäre Prozess nicht mit einem konsensfähigen Wandel, sondern läuft weiter, wobei sich nun nicht mehr nur die Repräsentant*innen des alten und des neu angestrebten politischen sowie sozialen Systems gegenüberstehen, sondern neben Kräften, die die Errungenschaften der Revolution wieder zerstören möchten, auch diese, die sich über den Charakter der Veränderungen und deren Tragweite uneins sind. Die Revolution zerfällt also und das was bleibt, ist ein interner Machtkampf, in dem das Schicksal der revolutionären Ideale, für die die Menschen einst viel riskierten, entschieden wird.

8. Interner Machtkampf

Fakt ist, dass die meisten Revolutionen an einem internen Machtkampf scheitern, der genau dann auftritt, wenn die Zukunft der Revolutionsbewegung zur Debatte steht, d.h. das »alte Regime« überwunden worden ist. Dieser Machtkampf kann sich je nach Kontext des revolutionären Prozesses ganz unterschiedlich gestalten bzw. von ganz unterschiedlichen Interessengruppen und deren Vertreter*innen bestimmt werden. Es hängt von der Demographie, egal ob kulturell, ethnisch oder religiös, ab, welche Brüche die Gesellschaft in ihrer post-revolutionären Phase mitunter bestimmen. Nachdem beispielsweise eine auf Unabhängigkeit strebende Revolution im kolonialen Raum erfolgreich ist und im Begriff steht, eine freie Nation zu schaffen, reflektieren die Menschen über ihre eigene Identität sowie ihre Interessen und können dadurch zu Gruppen finden und zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele aktiv werden.

Gerade an diesem Punkt des revolutionären Prozesses, an dem die Machtfrage gestellt wird, zerbricht die revolutionäre Bewe-

gung und spaltet sich in einzelne Interessengruppen auf, die nun gleichfalls um die Macht, aber damit einhergehend auch um die Interpretationshoheit der Revolution per se ringen. Für eine erfolgreiche Sicherung der revolutionären Ziele und des Wandels ist es entscheidend, ja muss es daher aus Sicht jeder Revolutionsbewegung sein, klar zu formulieren und im Sinne der Mehrheit zu erklären, was die Ziele der Revolution sein sollen. Darüber hinaus gilt es hier zu bemerken, dass nur ein freiheitlicher Sozialismus dazu in der Lage wäre, die nationalistisch-kapitalistischen Gegensätze der revoltierenden Menschen zu überwinden und ein Einheitsgerüst für den Erfolg einer Revolution zu gewährleisten. Nur wenn die Beteiligten sich zum Wohle der Gesamtheit aller erheben, dann kann die Freiheit auch allen zuteilwerden. Normalerweise scheitern revolutionäre Prozesse nämlich genau daran, dass der anfängliche Zusammenhalt während der Proteste gegen die alte Ordnung vom Wunsch um das Erbe eben dieser abgelöst wird und die unterschiedlichen Elemente der anfänglichen Protestbewegung darum ringen, wer und für wen die Zukunft bestimmen kann und darf.

Die Revolution scheitert folglich zumeist an den Dingen, die sie eigentlich überwinden will. »Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit« waren die Ziele der Französischen Revolution, Frieden und die klassenlose Gesellschaft die der Russischen Revolution. Und doch scheiterten beide dieser revolutionären Erhebungen, die das »lange« 19. Jahrhundert an beiden Enden seiner Geschichte begrenzen. Zu zaghaft waren die erreichten Veränderungen, zu erfolgreich die radikalen Kräfte, die unter dem Deckmantel von propagandistisch wirksamen Schlagworten eine »neue Zeit« oder eine »neue Weltordnung«, ja sogar den »neuen Menschen« verkündeten. Auch die Amerikanische Revolution war gescheitert, da sie zwar die USA begründete, das aber nicht als einen auf Freiheit basierenden Zusammenschluss von Menschen, sondern als einen von weißen Männern dominierten Sklavenhalterstaat, in dem es zwar fast einhundert Jahre dauerte, aber in dem es ebenfalls zu einem internen Machtkampf um die Zukunft des Landes – gemeint ist der Amerikanische Bürgerkrieg (1861-1865) – kommen sollte.

Es stellt sich dahingehend die Frage, ob ein interner Machtkampf innerhalb eines Revolutionsprozesses überhaupt verhin-

dert werden kann. Sicherlich, denn nichts in der menschlichen Geschichte darf als vorbestimmt gelten, allerdings sind hier einige Grundvoraussetzungen notwendig:

1. die Masse der Bevölkerung muss sensibel bzw. aufgeklärt genug sein, um zu verstehen, welche Möglichkeiten der revolutionäre Prozess bietet und auf welches Ziel dieser ausgerichtet sein muss.
2. eine Mehrheit muss diesem Ziel von Anfang an positiv gegenüberstehen und dafür sorgen, dass es während der Entwicklung der Revolution hin zur »Lokomotive der Weltgeschichte« nicht abhanden kommt. Und
3. die Entscheidungen, die nach der Überwindung der »alten Ordnung«, des Ancien Régime, zur Abstimmung stehen, müssen basisdemokratisch und völlig gleichwertig, ohne Bevorzugung kapitalistisch-determinierter Klassen, eines Geschlechts, einer Ethnie, eines Kulturkreises oder einer Religion im Sinne des zu Beginn ausgehandelten Grundkonsenses getroffen werden.

Es muss an diesem Punkt schlichtweg verhindert werden, die alte durch eine neue Herrschaft zu ersetzen, widerspräche das doch dem fundamentalen Ziel der Revolution: der Freiheit aller. Es kann nur von einer erfolgreichen Revolution gesprochen werden, wenn alle Menschen in freier Abstimmung und offener Diskussion, selbst wenn im Zuge derselben unangenehme Wahrheiten ausgesprochen werden, am Aufbau der neuen, besseren und sozialeren Welt beteiligt werden. Dabei sollte es unbedingt vermieden werden, einer radikalen wie auch immer gearteten Minderheit zu viel Raum zu geben, denn die Korruption der Revolution ist an diesem Punkt des revolutionären Prozesses ein leichtes. Politische Gegner*innen werden schnell zu konterrevolutionären Elementen erklärt und Gewalt eingesetzt, um Konsens zu erzwingen bzw. Kritik im Keim zu ersticken. Die Frage nach der Revolution darf folglich keine Machtfrage werden, sondern muss als Zukunftsfrage gestellt werden, die alle betrifft, an deren Beantwortung allerdings auch alle mitwirken können, ja eigentlich müssen.

Gelingt es den Menschen nicht, die Ziele der Revolution klar zu formulieren, um sie nach dem Erfolg der Revolution entsprechend umzusetzen, dann wird ein offener Machtkampf unvermeidlich sein, in dem sich politische Kontrahent*innen ebenso gegenüberstehen können, wie anders gelagerte und determinierte Interessengruppen. Spaltung bedingt einen sich aufladenden Konflikt und eine neue, diversifizierte Phase des Bürgerkrieges, in dem nun nicht mehr nur die Repräsentant*innen der Revolutionsbewegung gegen die der »alten Ordnung« kämpfen, sondern die verschiedenen Revolutionsgruppen untereinander, gegen die Konterrevolution, gegen Minderheiten und eventuell gegen intervenierende ausländische Kräfte, die entweder die eine oder andere Position, meist aus ganz eigenen Interessen unterstützen.

Der Machtkampf wird zwischen all diesen verschiedenen Gruppierungen ausgefochten, um über die Zukunft des post-revolutionären Zustandes zu entscheiden, allerdings besteht gleichfalls die Gefahr, dass sich der interne Machtkampf schnell internationalisiert, je nachdem wo und zu welchem Zeitpunkt die Revolution stattgefunden hat bzw. zu diesem Zeitpunkt des revolutionären Prozesses immer noch stattfindet. Gewiss ist an diesem Punkt nur eines: Der weitere Weg in die Zukunft wird von Gewalt bestimmt werden.

9. Einsatz von Gewalt gegen interne Gegner (Terror)

Hat sich der offene Bruch zwischen moderaten und radikalen revolutionären Kräften auf der einen Seite vollzogen und werden diese auf der anderen Seite von konterrevolutionären, mitunter von außen unterstützten, Interessengruppen angegangen, so wird ein Prozess in Gang gesetzt, im Zuge dessen sich Gewalt stetig intensiviert und schlussendlich zum Selbsterhaltungswerkzeug derer wird, die die post-revolutionäre Ordnung kontrollieren und damit alle anderen Gruppen im Kampf um die Macht ausschalten müssen. Der revolutionäre Prozess gelangt somit in eine erneute Phase des Bürgerkrieges, allerdings nicht mehr nur zwischen Regierung und Opposition, sondern zwischen denen, die die Macht nun in Hän-

den halten und den Teilen der früheren Protestbewegung, die nun als Gefahr für den Herrschaftsanspruch der neuen Machthaber verstanden werden. Gleichzeitig führen letztere Krieg gegen die konterrevolutionären Kräfte sowie gegen etwaige Interventionen gegen die Revolution und ihre Folgen. Es entsteht somit eine besonders gewalttätige Phase des revolutionären Prozesses, in der diese jederzeit jeden treffen kann, der sich zwischen die nun bestimmende Revolutionspartei und die Macht selbst stellt.

Die Identitäten, also die Frage, wer als revolutionär zu gelten hat, werden neu vergeben, die früheren Ziele der Revolutionsbewegung umgeschrieben, die Mehrheit übergangen und der Versuch von Seiten der neuen Eliten, möglicherweise Parteieliten, unternommen, das eigene Handeln im Namen der Revolution zu sanktionieren. Dabei geht es schon seit dem internen Machtkampf nicht mehr um dieselbe oder den Versuch, eine freie und sozial gerechtere, d.h. gleiche und klassenlose Gesellschaftsordnung zu etablieren, sondern lediglich darum, wer wieviel Macht in Händen hält. Gerade die radikalen Kräfte der Revolutionsbewegung sind in diesem Moment dazu gezwungen, im Namen einer Fortsetzung der revolutionären Ideale, ja sogar auf Basis der Idee einer weiteren, einer zweiten Revolution, zu argumentieren, denn nur wenn es revolutionär noch etwas zu erreichen gäbe, brauchte man diese radikalen Revolutionär*innen. Die eigene Position wird also durch ein weiteres Vorantreiben der Revolution, einer Radikalisierung der zu erzielenden Veränderungen legitimiert, wobei gleichzeitig die Freiheit der Massen und deren Entscheidungen ignoriert werden. Beginnt diese Minorität nun, über das Gros der Menschen zu herrschen, so ist diese Form der Herrschaft einzig und allein durch die Anwendung von Gewalt zu erhalten.

Darüber hinaus ist es nicht ungewöhnlich, dass sich die einstmals homogen wirkende Revolutionsbewegung in ihre unterschiedlichen Bestandteile auflöst und ehemalige Weggefährte*innen sich gegenseitig zu vernichten streben: Die Revolution frisst ihre eigenen Kinder. Damit kann die Revolution gleichermaßen als moralisch verdorben gelten, denn sie wurde korrumpiert, ihre Ziele und Ideale bedeuten nichts mehr. Macht, ja Macht allein determiniert nun das weitere Geschehen, die Entscheidung der regie-

renden Revolutionär*innen, die, eigentlich als lebendes Oxymoron, nun darangehen, die Freiheiten der Massen zu beschneiden, um den eigenen Führungsanspruch weiter zu untermauern und Kritik, ja tatsächlich in dieser Phase den Widerstand gegen die neue Ordnung unmöglich zu machen.

Dazu werden Repressionsinstrumente in Form polizeilicher Kräfte geschaffen, die die Etablierung und Festigung einer neuen Ordnung, die sich konträr zu den Idealen der ursprünglichen revolutionären Bewegung entwickelt hat, herangezogen werden. Diejenigen, die dem neuen Kurs widersprechen, werden automatisch zu Feinden der Revolution erklärt, wobei letztere nur noch per definitionem, aber nicht länger als reale Größe des aktuellen Prozesses existiert. Es zählt nun nicht mehr, auf die Meinung der Gesamtgesellschaft zu bauen, Freiheit ist gleichfalls nicht länger existent und die Gewalt bahnt sich ihren Weg in die Leben jedes Einzelnen. Es bleibt nur die Auflehnung gegen die neue Ordnung, wobei diese gewaltsame Gegenreaktionen von oben nach sich zieht. Friss oder stirb, heißt es nun. Doch Gewalt, die in ihrer Ausübung irgendwann grenzenlos erscheint, kann auch die Revolutionär*innen selbst ereilen, sollten sich die Massen erneut erheben und ein Ende der Gewalterfahrung fordern. Dabei spielt letztere auch dahingehend eine Rolle, dass der Wert politischer Freiheiten, wie sie zwar nur kurz, aber unumkehrbar bestanden hatten, in den Hintergrund gerückt werden. Die Ideale und das, was die Revolution an positiven Dingen hervorgebracht hatte, wird von der extremen Gewalt der aktuellen Phase überschattet. Vielen sind deshalb diese Freiheiten egal, solange nur die Gewalt endet, Stabilität wiederhergestellt wird und ein zumindest partiell ungestörtes Leben garantiert werden kann. Tatsächlich wird nun Ruhe und Ordnung wichtiger als jeder revolutionäre Traum, wie motivierend dieser in der Frühphase der Revolution auch gewirkt haben mag.

Der Einsatz entgrenzter Gewalt, also des Terrors gegen die eigene Bevölkerung und revolutionäre bzw. konterrevolutionäre Feinde ermöglicht es schließlich, entweder durch das Brechen jedweden Widerstandes für die gewaltausübenden Kräfte selbst oder diejenigen, die ein Ende der zügellosen Gewalt in Aussicht stellen, dafür aber die Konzentration der Macht in ihren Händen verlan-

gen – etwa Militärs, die politische Ambitionen entwickelt haben – die Herrschaft zu übernehmen. Aus der Gewalt folgt jedoch in der Regel die Etablierung einer neuen Diktatur, sei es eine Individual- oder eine kollektive Diktatur, etwa eine Parteidiktatur oder die Herrschaft einer wie auch immer determinierten Gruppe. Damit führte der revolutionäre Prozess schlussendlich nur dazu, dass eine bestehende Unrechtsordnung durch eine eben solche, wenn auch im Namen anderer Ideen oder revolutionärer Begrifflichkeit, ersetzt wurde. Erneut wird die Freiheit der Menschen weder respektiert noch in unbeschränktem Maße gewährt. Nur kurz dauerte der Traum von einer besseren und gerechteren Zukunft. Die Realitäten haben die revolutionären Ideale schließlich entstellt und etwas geschaffen, das keiner der Revolutionär*innen im Sinn hatte, als sie sich im Namen der Freiheit der revolutionären Bewegung angeschlossen hatten.

Die Masse der Menschen ist allerdings der Meinung, dass der aktuelle Zustand noch schlimmer ist als die Krise, die den revolutionären Prozess ausgelöst hatte, so dass eine Identifikation mit der Revolution nicht länger erfolgt, denn diese erscheint in ihrer verzerrten Form als das genaue Gegenteil dessen, was eigentlich erreicht werden sollte. Die erneute Einschränkung persönlicher Freiheit zerstört den Rückhalt, den die Revolutionsbewegung zunächst genossen hatte. Ruhe und Ordnung, ein Ende von Krise und Bürgerkrieg werden zu den Forderungen der Massen, die nun nach realer Beständigkeit streben und nicht mehr auf revolutionäre Ideale bauen. So entsteht schlussendlich ein erneutes Regime, entweder der radikalen Elemente selbst oder derer, die diese im Namen der nicht-radikalen Mehrheit entmachteten, sich an der Spitze der Gesellschaft in Position bringen und ein neues Individualregime, quasi als Überwinder der Revolution, installieren.

10. Etablierung eines neuen Regimes

Am Ende vieler Revolutionen steht also schließlich erneut ein Regime. Zwar eines, das sich den Mantel der revolutionären Idee überstreift und darauf pocht, den revolutionären Prozess im Sinne

der zu anfangs bestimmenden Ideale fortzusetzen, das in vielerlei Hinsicht aber nichts anderes ist als ein autoritäres, ja manchmal auch totalitäres Regime, dessen Herrschaft auf einer Perversion dessen basiert, wofür die Revolutionär*innen der ersten Stunde, wofür die Massen der Bevölkerung sich eingesetzt hatten. Erneut herrscht also eine Minorität, selbst wenn diese sich als Vertretung aller bezeichnet und etwa, wie in Sowjetrußland nach dem Oktober 1917, eine »Diktatur des Proletariats« ausruft. Tatsächlich hat sich ein neues System der Kontrolle etabliert, das dem Machterhalt weniger dient und dabei die Rechte vieler außer Kraft setzt. Zynisch müsste hier gefragt werden, ob sich die Revolution überhaupt gelohnt hat, wenn doch am Ende wieder eine Herrschaft steht, die nicht das Wohl und die Freiheit aller zum Ziel hat.

Und doch ermöglichte es das nach dem Wandel entstehende Machtvakuum immer wieder, dass sich im Zuge des folgenden internen Machtkampfes und der Gewalt eine neue Herrschaft etablieren lässt, die die Ideale der Revolution schlicht und ergreifend ad acta legt und unter Berufung auf abstrakte Theorien, aber ebenso wichtig, gestützt auf militärische Macht, das verrät, was einst das Ziel aller Protestierenden gewesen war, nämlich ein Mehr an Freiheit zu erreichen. Ob die neue Herrschaft schließlich in Form einer einzelnen Person, etwa eines Generals oder eines Kollektivs, also beispielsweise einer Partei, ausgeübt wird, hängt von den jeweils konkret gegebenen historischen Kontexten der jeweiligen Revolution und von den vorhandenen Strukturen, wie sie entweder schon vor dem Beginn des revolutionären Prozesses bestanden oder sich während desselben erst entwickelt hatten, ab.

Einmal an der Spitze, werden diese Kräfte jedoch alles daran setzen, dort zu bleiben und die Unterdrückung von Kritik und Widerstand sind unabwendbare Folgen, handelt es sich letzten Endes doch nicht um mehr als ein erneutes Unrechtsregime. Diejenigen, die auf die ursprünglichen Ziele der Revolution verweisen, sind nun unerwünscht, legen sie doch den Makel der neuen politischen Ordnung offen. Sie müssen nun schweigen und wenn das nicht freiwillig geschieht, dann drohen Gefängnis, Folter und schlussendlich die Ermordung. Die Gewalt des neuen Regimes erreicht eine bisher unbekannte Intensität: Es folgt der Politizid, d.h. ein politisch mo-

tivierter Genozid. All diejenigen, die nicht bereit sind, ihre eigenen Ideale aufzugeben und an alternativen politischen Ideen festhalten, geraten ins Fadenkreuz der neuen Polizeikräfte, deren vorrangige Aufgabe nun darin besteht, mögliche Feinde der neuen Ordnung zu identifizieren und zunächst politisch, im Anschluss daran oft aber auch physisch zu eliminieren.

Währenddessen müssen die jetzt mächtigen Eliten das Revolutionsnarrativ zum einen historisch verklären und zum anderen, angepasst an die realen Gegebenheiten, umdeuten. So wurde aus Marxismus, einer doktrinen Verklärung der Arbeiten von Marx und Engels, die beide selbst abgelehnt hatten, da sie ihre Überlegungen zur Revolution als »work in progress« verstanden⁶, schließlich Leninismus, Stalinismus, Maoismus usw. Historisch betrachtet können die neuen Regime tatsächlich so stabil werden, dass sie die Geschicke der Menschen, die die Revolution anfangs durchaus unterstützt hatten, auf Jahrzehnte hin bestimmen, bevor sich Protestbewegungen, getragen von einer neuen Generation, formieren, um die herrschenden Zustände zu überwinden.

Das bedeutet, dass der revolutionäre Prozess erneut beginnt. Historisch und mit Blick auf die Zukunft betrachtet, heißt das, dass Revolutionen als ein Phänomen der globalen Moderne die Geschichte der Menschheit seit dem »langen« 19. Jahrhundert entscheidend mitbestimmen und auch in Zukunft eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen dürften. Besonders, wenn Krisen wie die aktuelle Pandemie das revolutionäre Potential so vieler befeuert. Selbst wenn Revolutionen in ihrem jeweiligen Kontext durchaus Unterschiede aufweisen, so kann mit dem beschriebenen Vergleichsmodell gearbeitet werden, um eben diese zu identifizieren und durch eine komparative Perspektive Gemeinsamkeiten und Abweichungen in den jeweiligen Prozessen besser zu verstehen. Als Analysewerkzeug für Wissenschaftler*innen ist es dabei ebenso wichtig wie für all diejenigen, die freiwillig oder unfreiwillig Teil eines revolutionären Prozesses werden. Nur durch das Wissen um die gerade am

6 Frank Jacob: Friedrich Engels and Revolution Theory. The Legacy of a Revolutionary Life, in: Frank Jacob (Hg.): Engels @ 200. Reading Friedrich Engels in the 21st Century, Marburg 2020, S. 49-90.

Werke befindlichen Kräfte, über die möglichen Entwicklungslinien des weiteren Verlaufes und das revolutionäre Bewusstsein der Massen, kann ein Wandel, der den Idealen der Revolution entspricht, erreicht und gleichzeitig eine Korruption der Revolution hin zur Etablierung eines neuen Unrechtsregimes verhindert werden.

